

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

67 (19.3.1899) I. Blatt

Ausgabe:
wöchentlich zweif. mal.
Abonnementspreis:
vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2 Mark
60 Pf., durch die Post ohne
Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Voranzahlung.

Redaktion und Expedition
Kirchstraße 9.
Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühren.
Die 1spaltige Kolonelleiste
deren Raum für 1000
Inserate 15 Pf., für aus-
wärtige Inserate 20 Pf.,
im Kleinformat 60 Pf. Bei
größeren Aufträgen ent-
sprechenden Rabatt.

Bemerkungen:
Unbenützte Stellen
werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Honoraranträge keine
Berücksichtigung finden.

Nr. 67. I. Blatt

Karlsruhe, Sonntag, den 19. März

1899

Politische Uebersicht.

Karlsruhe, 18. März.

Die dritte Lesung der Militärvorlage.

Ueber die äußeren Einträge aus der Reichstags-Sitzung vom 16. März entnehmen wir einem anschaulichen Bericht der „Münch. Allg. Ztg.“ folgende Einzelheiten: Das Haus bot dasselbe Bild wie bei der zweiten Lesung: Die öffentlichen Tribünen und die Logen — in ihnen waren u. a. der Chef des Civilkabinetts v. Lucanus und Graf Perponcher, der Hofmarschall Kaiser Wilhelm L. sichtbar — waren überfüllt und im Sitzungssaal erblickte man lauter Gesichter von Leuten, die im Vertrauen auf die parlamentarische Pflichttreue ihrer Fraktionsgenossen den Reichstag sonst dauernd zu schwänzen pflegen. Der schärfere Blickende konnte jedoch un schwer den charakteristischen Unterschied bemerken; von jener fieberhaften Spannung, die während der zweiten Lesung der Militärvorlage über der Versammlung lagerte, war diesmal nichts zu spüren. Wußte man doch, daß die beiden maßgebenden Faktoren sich getreu dem Spruche: besser ein magerer Vergleich als ein fetter Prozeß, scheidlich friedlich vertragen hatten. Was sich noch im Saale abspielte, war ein Stück, dessen Inhalt und Ausgang keinem einzigen ein Geheimnis war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde sehr zum Verdrusse des Auditoriums und bei allgemeiner Unannehmlichkeit des Hauses eine Reihe von Ausgabeposten aus dem Etat des Reichsamts des Innern und der Reichspostverwaltung erledigt. Endlich war aber diese Geduldsprobe überstanden, die Reichsboten strömten in den Saal und man trat in die dritte, entscheidende Lesung der Militärvorlage. Vom Bundesratsseite aus, an dem sich außerdem der Reichskanzler, die Staatssekretäre v. Bobbelski und Febr. v. Tzielenman, Minister v. d. Necke, sowie zahlreiche Bundesratsbevollmächtigte und höhere Offiziere eingefunden hatten, nahm Kriegsminister v. G. östler noch einmal das Wort, um der Regierungsvorlage die bekannte letzte Empfehlung zu widmen. Dem ersten Redner aus dem Hause — wenn anders als dem Führer der führenden Partei, Dr. Lieber, konnte diesmal diese Ehre gebühren — merkte man etwas an, was man ihm sonst selten anmerkt; er befand sich entschieden in großer nervöser Erregung, als er das Wort zur Begründung der vom Centrum eingebrachten Resolution ergriff. Nach Lage der Dinge konnte der Gegenstand an sich nicht schuld an dieser Erregung sein, dagegen machte ihm augenscheinlich die Wahl der Worte einiges Kopfzerbrechen, denn es ist immerhin nicht leicht, das heute für weiß zu erklären, was gestern noch recht schwarz gemalt wurde, und obendrein galt es, den Leuten rings im Lande den Verdacht zu nehmen, daß der vom Centrum so ruhmvoll angekündigte Sieg sich doch im Grunde zu der Kategorie der Pyrrhus'siege rechnen lasse.

Dem Reichstagsbericht in der Parlamentsbeilage des gestrigen I. Blattes tragen wir noch den Wortlaut der zur ganzen Militärvorlage vorliegenden Resolution der Kommissionen nach, die bekanntlich mit der Reichstagsänderung angenommen wurden:

1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Nachweisung der von der Militärverwaltung für Zwecke der Militärverwaltung abgegebenen Wachmannschaften dem Reichstag zugeben zu lassen.
2. Die verbündeten Regierungen um eine Mitteilung darüber zu ersuchen,

1. in welchem Umfange gegenwärtig Mannschaften des aktiven Heeres zu Aufgaben, welche die militärische Ausbildung beschränken, verwendet werden müssen;
2. welche Ausgaben für die Beschaffung der etwa erforderlichen Ersatzmittel aufgebracht werden müssen.

III. Dem Reichskanzler zu ersuchen, derselbe wolle in den Etat Mittel einstellen, um

1. statt der Mannschaften des aktiven Heeres, welche z. B. bei den Bekleidungsarbeiten gegen Prämien beschäftigt werden, bürgerliche Handwerker gegen Lohn zu beschäftigen;

2. solchen Infanterie-Mannschaften, die freiwillig das dritte Jahr oder die Hälfte desselben im aktiven Dienste verbleiben, eine Prämie, bezw. eine höhere Wohnung gewähren zu können.

Ganz leicht ist es nicht gewesen, so wird aus Berlin mitgeteilt, den plötzlichen hervorgerufenen Konflikt über die Militärvorlage wieder beizulegen. Es hat gemeinsamer Anstrengungen des Reichskanzlers, anderer Minister und verschiedener Parteiführer bedurft. Der Hofbericht spricht eine deutliche Sprache, wenn er vom Mittwoch meldet: Der Kaiser nahm gegen Mittag den Vortrag des Reichskanzlers im königlichen Schlosse entgegen. Dem Vortrage wohnten die Staatsminister v. Miquel, Graf v. Posadowski und v. Hilow bei. Im Laufe des Nachmittags empfing der Reichskanzler die Abgeordneten v. Veckow, v. Kardorff, Dr. Lieber, Baffermann und Kiderit. Da hat man die Liste der handelnden Personen. Vorher hatte der Kaiser den Chef des Militärbüros General v. Gahle und den Kriegsminister v. G. östler empfangen. Man erzählt in parlamentarischen Kreisen, daß Fürst Hohenlohe zur Unterstützung seiner Vorstellungen zugunsten einer Einigung und gegen eine Reichstagsauflösung sich namentlich auch des Hinweises auf die im stenographischen Bericht vorliegenden Reden des Dr. Lieber und des Herrn v. Kardorff aus der Reichstags-Sitzung vom Dienstag bedient habe.

In der gesamten liberalen Presse kommt die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß bei dem glücklich umgangenen Konflikt das Centrum der besiegte Teil ist. Es habe eine Stellung nach der anderen ausgegeben und sich bei der Kapitulation nur einige kriegerische Ehren ausbedungen. Die „Germania“ hüllt sich noch in tiefes Schweigen. Zutreffend schildert den Stimmungswandel im Centrum die „Nationalzeitung“: „Wer den Erörterungen der Centrums-Presse in der Pause zwischen der ersten und der zweiten Beratung der Kommission gefolgt ist, kann über die wirklichen Gründe des sachlich nicht zu verteidigenden Verhaltens durchaus nicht in Zweifel sein. Die Wahrheit ist: Es sollte und mußte zur Befriedigung der widerhaarigen Elemente in der Centrums-Wahlerschaft ein „Abstrich“ gemacht werden. Man hat offenbar eine Zeitlang geschwankt, ob er bei der Heiterei oder der Infanterie erfolgen könnte. Schließlich hatte man sich entschieden, die Amputation bei der Infanterie vorzunehmen, und als sich herausstellte, daß man einen Fehler gemacht hatte, der insbesondere der Eingebung der 2-jährigen Dienstzeit hinderlich sein könnte, hat die Partei nicht den politischen Mut besessen, die dritte Lesung zu einem der Zwecke zu benützen, für welche sie da ist: einen bei der zweiten Lesung begangenen Mißgriff wieder gut zu machen, sondern sie hat dies auf die nächste oder übernächste Session verschoben.“

Durch alle Erörterungen zieht sich der Gedanke, daß jedenfalls die Bewilligung der jetzigen Regierungsvorlage eine weniger Kosten verursachen hätte, als der Zukunftswechsel, den das Centrum auf die neue, unvermeidlich kommende Militärvorlage ausgeübt hat. Die Regierung hat maßvoll und geschickt operiert, und Fürst Hohenlohe sich neuerdings als

kundiger Staatsmann erwiesen, besonders dadurch, daß er den Kriegsminister, der sich stark im Vordergrund engagiert hatte, mit seiner Person gedeckt und gestützt hat.

Abänderung des Reichs-Weingesezes.

In der Zeit vom 6. bis 9. Februar hat bekanntlich im kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin eine Versammlung von Sachverständigen aus dem Gebiete der Weinerzeugung, des Weinhandels und der Nahrungsmittelchemie unter Zuziehung von Regierungsvertretern über eine Abänderung des Weingesezes beraten. Der Zweck der Verhandlungen war die Information der Reichsbehörden über die Wünsche der beteiligten Berufsstände, sie haben in Form einer Umfrage ohne Fassung von Beschlüssen stattgefunden. Als Hauptergebnisse mögen nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ die folgenden Punkte hervorgehoben werden:

Bezüglich der verbotenen Zufüge wurde es für ratsam erachtet, dem Bundesrat die Befugnis zu geben, die Liste derselben nötigenfalls zu erweitern. Zur Frage der Weinvermehrung durch Zucker- und Wasserzusatz war die Versammlung in dem Wunsche einig, daß der übermäßige Verneuerung des Weines wirksamer, als dies durch die chemische Untersuchung als ausführbar sich erwiesen hat, entgegengetreten werde. Gegen Kellertontrolle jedoch war die weit überwiegende Mehrzahl der Fachmänner. Zur Feststellung von Grenzwerten als Maß der zulässigen Weinvermehrung wurde von der überwiegenden Mehrheit der Versammlung der Wunsch ausgedrückt, es möge in einem neuen Gesetze schärfer als bisher die Befugnis des Richters zum Ausdruck kommen, das Urteil aufgrund des Indizienbeweises und Sachverständigenurteils zu finden, während der chemischen Analyse nur der Rang eines zwar wichtigen, aber für sich allein nicht ausschlaggebenden Beweismittels zukommen soll. Einheitsheit berichte in der Versammlung betreffs des Verbots der gewerkschaftlichen Herstellung der im § 4 des Weingesezes erwähnten Arten von Kunstweinen. Außerdem wurde angeregt, es möge die Verwendung von Essenzen ausdrücklich verboten werden. Ausnahmen von dem Verbot wurden für die Tresterweine als Hausraum und als Rohstoff für Brennerzwecke befristet. Eine weitere Anregung, das Festhalten und den Verkauf von Stoffen, deren Anwendung bei der Weinbereitung verboten ist, insbesondere auch von Nüssen, Weingehäusen und Trester zum Zwecke der Weinbereitung zu untersagen, fand allgemeine Zustimmung der Versammlung. Zur Abwehr unlauterer Wettbewerbs der durch Einpressen von Kohlenfäule hergestellten mit den durch Flaschengärung erzeugten Schaumweinen wurde verlangt, daß entsprechende Bescheinigungen auf Flaschen und Korken vorgeschrieben würden. Allseitig wurde der Wunsch ausgedrückt, es möge eine Begriffsbestimmung für „Wein“ an die Spitze des Gesetzes gestellt werden. Bezüglich der Strafbestimmungen wurde allgemein eine Verschärfung der angebrohten Strafen befristet.

Im preussischen Abgeordnetenhaus.

wurde am 15. März die Beratung des Kultusetats beim Titel „Elementarischulwesen“ fortgesetzt. Der Centrumsmann Danzenberg erneuerte die bekannten Angriffe seiner Partei auf die Volksschule und stimmte seine Kritik zum alten Klageged von der „Entartung“. Die Volksschule trage dem Leben nicht genügend Rechnung und verschulde die materialistische Entartung der Jugend. Eine Erlösung von allem Uebel erwarte Herr Danzenberg nur von der Herrschaft der Kirche über die Schule. Darauf erhob sich der nationalliberale Abg. Hadenberg zu einer glänzenden gelungenen Ehrenrettung der preussischen Volksschule. Durchschlagend war namentlich der von Hadenberg geführte Nachweis, daß die preussische Volksschule nicht eine Schöpfung der Kirche, sondern in erster Linie des preussischen Staates und der Hohenzollern ist. Dann führte der Redner aus, daß religiös tiefergehende Fragen nicht in die Parlamente gehören und daß alle die Anklagen gegen die Schule doch in letzter Linie und bitter zu Unrecht den Lehrerstand treffen. Zum Schlusse ermahnte der Abg. Hadenberg, auf eine gerechtere Verteilung der Schullasten zu sinnen. Am 16. März führte das Abgeordnetenhaus die Beratung des Kultusetats zu Ende. Bei dem Titel 630 000 M. zur Förderung des Volksschulwesens in Westpreußen, Posen und in Regierungsbezirk Oppeln verlor die polnische Abgeordnete v. Jagodzowski polnische Schmerzen anzubringen, aber die Regierung parierte. Beim Titel „Kunst und Wissenschaft“ kam es zu einer längeren Debatte über die Generaldebatte und der Centrumsabg. Kirch machte dabei den Versuch, seinen Fraktionskollegen im Reichstag, den Abg. Dr. Lieber, herauszubauen, und gegen die Entstrickung zu denken, die doch nur die herabwürdigende Art seiner Kritik über das Stuckische Dekengemälde hervorgerufen. Der Abg. v. Cynera (nat-lib.) sorgte dagegen dafür, daß das künstlerische Streben der von Dr. Lieber so hart angegriffenen Modernen gebührend anerkannt wurde.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 17. März. Der „Matin“ veröffentlicht eine zweite Unterredung seines Londoner Vertreters mit Esterhazy. Ueber den Fall Deroulede äußerte dieser, die That Derouledes sei der reine Wahnsinn, es wäre denn, daß er von den Generalen betrogen worden sei. Es sei sehr möglich, daß diese ihm ihren Beistand versprochen und ihn dann im Stich gelassen hätten. „Unsere heutigen Generale sind sehr ehrgeizig und von diktatorischen Gelüsten erfüllt, besonders diejenigen, die sich für Republikaner ausgeben. Alle sind sie einer namhaften That unfähig, selbst wenn es sich darum handeln sollte, das Land zu retten.“ Esterhazy äußerte weiter, daß er die Absicht habe, nach dem Sudan zu gehen und dort Militärdienste zu nehmen. Zum Schluß sagte er, er sei tief empört über die Feigheit, die man ihm gegenüber an den Tag gelegt habe. Aber diese Feigheit sei auch eine Unvorsichtigkeit, das möge man sich gesagt sein lassen. Nach dem „Echo de Paris“ wird Esterhazy demnächst an den ersten Präsidenten des Kassationshofes, Mazeau, das Gesuch richten, daß er in der Revisionssache angelegenheit als Zeuge vorgeladen werde. Esterhazy würde abermals sicheres Geleit verlangen und außerdem die Bedingung stellen, daß sein Adokat dem ganzen Verhöre beizuhole. — „Libre Parole“ erhält aus London ein Telegramm, das besagt, Esterhazy protestiere gegen das gestern von dem „Matin“ veröffentlichte Dossier.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 18. März. Die neueste Nummer der Badischen Schulzeitung, veröffentlicht einen Aufsatz zugunsten des von uns schon erwähnten Planes der Errichtung eines „Erholungsheims für Badens Lehrer“. Zur Organisation des schönen Werkes wurde bereits der Verein „Lehrerheim“ unter der badischen Lehrerschaft gegründet, dem z. B. sämtliche 31 Teilnehmer der Pfalzter Lehrerversammlung vom 8. März sich sofort beizutreten bereit erklärten. Der Aufsichtsrat der „Concordia“ hat in seiner letzten Sitzung einstimmig den hochherzigen Entschluß gefaßt, dem zu

gründenden „Lehrerheim“ vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung als erste Gabe 3000 Mark zuzuwenden. Damit ist die Sammlung von Beiträgen würdig eröffnet. Der Aufruf richtet „an alle Kollegen, Schul- und Lehrereunde, an staatliche Behörden, städtische Korporationen, Vereine und Wohlthäter, denen die Erhaltung eines berufsfreudigen und kraftvollen Lehrerstandes am Herzen liegt, die bringende und hoffnungsvolle Bitte, unsere dem Gemeinwohl dienenden Bestrebungen durch freiwillige Spenden unterstützen zu wollen. Die auf diesem Wege aufgetragenen Mittel sollen mit den erst später fließenden ordentlichen Mitgliederbeiträgen den Grundstock bilden helfen, der die Ausführung des Planes bald ermöglicht und der den Bestand des „Lehrerheims“ für immer sicher stellt.“

A. Leibenstadt, 17. März. Wie an verschiedenen Orten unseres Landes, so soll auch hier, beim in Korb, eine Haushaltungsschule für die fortbildungspflichtigen Mädchen ins Leben gerufen werden, in welcher dieselben theoretischen und praktischen Unterricht im Kochen erhalten. Auf Anregung des Großh. Herrn Amtsvorstandes in Nelsheim kamen die Vertreter der in Betracht kommenden Gemeinden zu einer Besprechung zusammen, und diese erklärten sich im Prinzip mit der Sache einverstanden. Auch die Eltern solcher Mädchen, die der Sache sympathisch gegenüber sind, da die Kosten, soweit nicht Staat und Kreis eintreten, von der Gemeinde getragen werden und für diese geringfügig genannt werden dürfen in Anbetracht der Möglichkeit solchen Unterrichts, so würde man hierorts gerne Gebrauch von der durch Großh. Oberstudienrat gebotenen Verlegenheit machen, der die teilnehmenden Schülerinnen von der gewöhnlichen Fortbildungsschule entbände. Nur eine der interessierten Gemeinden wünscht eine andere Verteilung. Es wäre aber im Hinblick auf den für die Mädchen fürs praktische Leben zu ziehenden Nutzen zu bedauern, wenn durch das Beharren dieser Gemeinde auf ihrem Standpunkt die Einführung dieses Unterrichts scheitern würde. Wünschenswert wäre es deshalb dieserseits, das kleine Opfer, einen etwas unbehaglichen Weg ein- oder zweimal in der Woche machen zu müssen, zu bringen, damit dem guten Willen für das Zustandekommen der Schule auch die That folgen kann.

Z. Pforzheim, 17. März. Der hiesige Bürgerverschuß hat bei Beratung des Voranschlages der Volksschule mit Mehrheit beschlossen, den Volksschulern vom Jahr 1900 ab die Lehrbücher unentgeltlich, d. h. auf Kosten der Stadtkasse zu beschaffen; die Sozialdemokraten erblickten in diesem Beschlusse nur eine Abschlagszahlung und erwarteten später vollständige Beschaffung sämtlicher Lehrmittel für die Volksschüler durch die Stadt. — Gestern abend wurde die Beratung des Voranschlages fortgesetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Stadt. K. a. y. e. r. eine Erklärung zu Protokoll, worin er energisch protestiert gegen die zu rasche Anberaumung der jetzigen Sitzung, die ihm eine Einsichtnahme der Akten unmöglich gemacht habe; er habe in einem Schreiben den Stadtrat um Verlegung der Sitzung ersucht, sei aber abschlägig beschieden worden. Dabei beschuldigte er den Vorsitzenden des gewaltthätigen Vorgehens, was letzterem Veranlassung gab, diesen Vorwurf unter dem Weisfall der Versammlung zurückzuweisen und zu konstatieren, daß er pflichtgemäß und in vollem Recht die Versammlung berufen habe. Der Voranschlag sei schon seit Ende Januar festgesetzt, sei in der Finanzkommission, in der Herr Kayser immer gefehlt habe, gründlich durchberaten worden und Herr Kayser hätte somit genügend Gelegenheit gehabt, die Akten zu studieren. Auf die Tagesordnung übergehend, stellte der Vorsitzende zunächst den Voranschlag der Döchtererschule zur Beratung. Der Stadt. K. a. y. e. r. fand es auffallend, daß die Döchtererschule, trotz des Zuwachses der Bevölkerung in stetigem Rückgang begriffen sei und glaubt, daß die Ursache in der Organisation der Schule zu suchen sei. Der Vorsitzende erklärte, daß die Döchtererschulskommission dieser Frage in der nächsten Zeit näher treten werde. Stadt. Str. o. y. nimmt Bezug auf die Festschrift des Direktors Fees, worin der Rückgang der Schule dem Mangel einer eigenen Volksschule zugeschrieben wird und legt gegen diese ungerechtfertigte Annahme Verwahrung ein, da die Mädchen in der Volksschule eine genügende Vorbereitung erhielten. Er gibt namens der Vertreter der 3. Wählerklasse die Erklärung zu Protokoll, daß dieselben gegen die Errichtung einer Volksschule in der Döchtererschule sind und solange der Errichtung einer höheren Mädchenschule nicht nahe treten, bis für die Schüler der Volksschule sämtliche Lehrmittel von der Stadt gestellt werden. Da in den Voranschlag, entgegen einer früheren Abmachung gelegentlich der Anstellung des Direktors Fees, statt 3800 M. 5420 M. eingestellt sind infolge Erlasses des Oberstudienrats gemäß Art. 13 des neuen Beamtengesetzes, beantragte Stadt. K. a. y. e. r. diese Mehrforderung, die von dem Vorsitzenden und von dem Stadt. Vorstand zur Annahme empfohlen wird, zu freizeigen; doch wird dieser Antrag abgelehnt. Stadt. K. a. y. e. r. weist noch auf einen Mißstand in der Döchtererschule hin, wo den Lehrern und Lehrerinnen bei Geburtstagen und Jubiläen Geschenke seitens der Schülerinnen gemacht werden, was in Staatsanstalten nicht üblich und seines Wissens auch nicht zulässig sei. Der Vorsitzende erwidert, daß ihm hiervon nichts bekannt sei; ihm habe noch niemand zu seinem Geburtstag gratuliert, und so werde es auch bei dem Lehrpersonal der Döchtererschule sein. Herr Kayser meinte, gegen das Gratulieren habe er nichts einzuwenden, nur gegen die Geschenke. Im übrigen wurde der Etat der Döchtererschule genehmigt. Der Voranschlag der Frauenarbeitschule wurde ohne Debatte angenommen; auch derjenige der Oberrealschule und der Handelsschule wurde nach der Vorlage des Stadtrates genehmigt, ebenso derjenige der Gewerbeschule, der Stadtpfisterverwaltung und der Latrineabfuhr.

Lichtenhal, 16. März. Heute früh 1/7 Uhr brach in Geroldsau im Hause des Theodor Fall Feuer aus, welches dieses und das anstoßende Anwesen des Benedikt Wigel zum größten Teil zerstörte. Durch das rasche und thätigste Eingreifen der hiesigen freiwilligen Feuerwehr wurde ein weiteres Umfächern des Feuers verhindert. Dasselbe soll durch Kinder entstanden sein. Die Feuerschiffe konnten in der Hauptsache gerettet werden. Der eine der Brandbeschädigten ist dem „Bad. Ztbl.“ zufolge mit Gebäudestruktur und Fahrnissen verbrannt, der andere garnicht.

O. Offenburg, 17. März. Nach dem soeben zur Ausgabe gelangten Voranschlag der Stadtgemeinde für das Jahr 1899 sind die Ausgaben auf 516 788 M. veranschlagt, welchen an eigenen Einnahmen 349 077 M. gegenüberstehen, sodas 167 711 M. durch Umlage aufgebracht werden müssen. Die umlagepflichtigen Steuerkapitalien haben sich von 31 121 718 M. im Jahre 1898 auf 33 635 357 M. gehoben, verzeichnen somit einen Zuwachs von 2 513 639 M. und wird durch diesen Umstand, welcher am besten die erfreuliche Entwicklung der Stadt erkennen läßt, es ermöge

Nicht ungeachtet einer unehelichen Steigerung des ungedeckten Bedürfnisses an dem Umlagefuß des Vorjahres — 52 Pf. für 100 M. Steuerkapital — festzuhalten. Die Ueberschüsse des Wasserwerks sind mit 20 500 M., jene des Gaswerks unter Annahme eines Jahresverbrauchs von 200 000 cbm in der respektablen Ziffer von 35 000 M. eingestellt. Der eingehenden Druckvorlage ist eine Uebersicht über die Voranschläge nach den einzelnen Positionen für die letzten 10 Jahre beigegeben, welche als statistisches Material Beachtung verdient.

Offenburg, 17. März. Gestern hielt der hiesige nationale liberale Verein eine Versammlung, um seinen Mitgliedern über eine brennende Tagesfrage Mitteilungen zu machen. Die Frage ist die der künftigen Zusammenfassung der zweiten Ständekammer. Herr Anwalt Burger legte, nach Begründung der Versammlung durch den Vorstand, H. Jang, in längerer Ausführung dar, auf welcher Grundlage eine gesunde Volksvertretung beruhen müsse; er folgte dabei den Ausführungen Schaffes in einer seiner neueren Schriften. Es handelt sich dabei darum, neben der Vertretung der Volksmasse im ganzen auch den einzelnen Interessensphären eine Vertretung zu gewähren. Bekanntlich hat der Abg. Fieker einen dahin gehenden Antrag gestellt und joweil man weiß, ist vonseiten der Regierung eine Vorlage in Bearbeitung, die mit Einführung der direkten Wahlen auch die Vertretung der einzelnen Interessentkreise der Bevölkerung regeln soll. Nach dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag entspann sich eine Erörterung darüber, welchen Kreisen der Bevölkerung die erwähnte Vertretung zuzuwenden sei. Es können in Betracht gezogen werden die Städteverwaltungen, die Kreise, die Handels- und die Gewerbetreibenden. Es wurde das Für und Wider bei den einzelnen Interessentkreisen erwogen und dabei auf die Schwierigkeit aufmerksam gemacht, von den genannten Korporationen, die mit Ausschluß der Politik wirtschaftlichen Zwecken dienen sollen, eben die Politik und politische Kämpfe fern zu halten. Es wird Aufgabe der Gesetzgebung sein, da den richtigen Weg zu finden. Aufgabe der liberalen Partei aber ist es, den Volkstheilen die Notwendigkeit einer solchen Erweiterung der Volksvertretung klar zu machen, die von den Gegnern geltend gemachten Einwendungen zu widerlegen und die durch allerlei Vorpiegelungen (von Verminderung der Volksrechte etc.) etwa erregten Vorurteile und Befürchtungen zu zerstreuen.

Rehl, 17. März. Vom 1. April d. J. ab werden von den Stationen der Linie Rehl-Ottensheim-Altenheim-Offenburg mit Ausnahme der Agenten Rehl 6 Entwürfe in die Kilometerbeste der badischen Staatseisenbahnen abgelempelt und zwar für die Stationen Rehl, Dinglingen und Offenburg.

Unterjesenbach, 16. März. Spielende Kinder zündeten gestern einen Meißhaufen an, von dem das Feuer auf das Dach eines von 2 Parteien bewohnten Tagelöhnerhauses übergriff. Dieses war in kurzer Zeit vollständig niedergebrannt und kamen Vieh, Schafe und Geflügel in den Flammen um.

Höfingen, 17. März. Des sogenannten „Feuerlemacher“, welches von Kindern am Ende im Frühling und Herbst trotz Verbots vielfach betrieben wird, hat hier auch ein Opfer gefordert. Das achtehnjährige Mädchen des Müllers Gustav Frank kam dem Feuer zu nahe, die Kleider gingen in Flammen auf, und heute nacht ist das arme Kind nach 1 1/2 tägigen Leiden seinen schrecklichen Brandwunden erlegen.

Zuffahrt, 17. März. Die Finanzkommission der zweiten Kammer beriet die Neuverteilung der Gehälter und Wohnungsgelder für Staatsbeamte durch und nahm sie im wesentlichen nach den Vorschlägen der Regierung an.

Aus der Residenz

Karlsruhe, 18. März.
Hofbericht. S. K. H. der Großherzog empfing gestern vormittag den Präsidenten Dr. Nicolai zu längerer Vortragsvermittlung. Nachmittags empfing S. K. Hoheit den Oberstleutnant v. Offensand-Verdohle und hörte dann die Vorträge des Geh. Legationsrats Dr. Fieker, v. Babo, des Majors v. Pannewitz und des Legationsrats Dr. Seb.

Leber des Frankfurter Hofes der Kronprinzessin von Schweden verstorlichen Jhr. C. Bildt, der schwedisch-norwegische Gesandte in Rom, ein Schüler, wonach die Krankheit nun leider auch die Augen ergriffen habe. Infolge dessen muß die Kronprinzessin auf Lesen, Schreiben und Photographieren fast ganz verzichten und ihre nahezu einzige Zerstreuung soll Musik sowie Geologie sein, auf die sie durch ihren ältesten Sohn, den Herzog von Söhönen, der Peterfalten sammelt, gekommen ist. Alle Badener sind einig in dem Wunsch, daß der Kronprinzessin Viktoria, der Tochter unseres allverehrten Großherzogspaares, die baldige Genbung von ihrem Leiden beschieden sein möge.

Das Fräulein S. Gr. S. des Prinzen Karl hat sich erkrankt, erkrankt soweit geestert, daß der hohe Herr, der noch die Schutzbrille für das erkrankte Auge tragen muß, sich bei gutem Wetter im Garten ergehen und die frische Luft genießen kann. Auch Ausfahrten hat S. Gr. Hoheit bereits wiederholt im geschlossenen Wagen unternommen und so dieser Tage in Begleitung seiner treubestorgten Gemahlin das neuworbene Palais in der Stefaniengasse besucht, um sich dort von dem Fortgang verschiedener von ihm angeordneter Abänderungsarbeiten persönlich zu überzeugen. Man wird von der fortschreitenden Besserung im Befinden des allverehrten Prinzen im ganzen Lande mit großer Freude und den herzlichsten Wünschen für eine recht baldige und völlige Wiedererlangung Kenntnis nehmen.

Schn. Mitteilungen aus der Stadtratskammer vom 17. März. Auf Antrag der erweiterten Baukommission wird, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, beschlossen, der Gesellschaft für elektrische Industrie die Ausführung des städtischen Elektrizitätswerkes zu übertragen, wenn die Gesellschaft ihr Angebot in einer Weise abändert, daß es mit dem billigsten Angebot als gleichwertig erscheint. — Der Verlag der „Karlsruher Zeitung“ hat auf Begleichung einer Rechnung im Betrage von 46,80 M. für Aufkündigung der Bismarck-Gedenkfeste zugunsten des Bismarck-Denkmalfonds verzichtet. Ebenso hat der Verlag der „Karlsruher Tagblattes“ die Injektionsgebühr für eine Reihe von Wohltätigkeitsveröffentlichungen im Betrag von zusammen 55,71 M. nachgelassen. Der Stadtrat spricht den genannten Zeitungen hierfür den verbindlichsten Dank aus. — Ein Gesuch um Erteilung der Konzession zum Betrieb einer Gastwirtschaft in dem Neubau Ecke der Rudolf- und Ludwig-Wilhelmstraße wird dem Großb. Bezirksamt unter Verneinung der Bedürfnisfrage vorgelegt. — Die Göttinger Straße auf der Strecke von der Spohnstraße bis zur Brücke über die Eisenbahn soll in die öffentliche Beleuchtung einbezogen werden. Zu diesem Zwecke wird die Aufstellung von 3 Gasstandalatern angeordnet. — Aus dem Jahresbericht der Baukontrolle für das Jahr 1898 ist folgendes zu entnehmen: Die Zahl der Neubauten betrug 184 gegen 179 im Jahr 1897. Von den Vorderhäusern waren: 2 Stadiverte 19 gegen 10, 8 Stadiverte 40 gegen 46, 4 Stadiverte 88 gegen 78, 5 Stadiverte 15 gegen 10 im Jahr 1897. Die Zahl der neu erbauten Wohnungen betrug nach Abzug der abgebrochenen Wohnungen (22) 896 gegen 889 im Jahr 1897. Von den Wohnungen haben: 1 Zimmer 15 gegen 5, 2 Zimmer 216 gegen 288, 3 Zimmer 350 gegen 298, 4 Zimmer 123 gegen 153, 5 Zimmer 85 gegen 90, 6 Zimmer 56 gegen 28, 7 Zimmer 81 gegen 35, 8 und mehr Zimmer 20 gegen 14 im Jahr 1897. — Die Zahl der Wahlberechtigten für die Stadtverordneten-Neuwahlen beträgt nach den nunmehr abgeschlossenen Listen 11 676. Es entfallen auf: die 1. Wählerklasse 973 gegen 879, die 2. Wählerklasse 1948 gegen 1758, die 3. Wählerklasse 8757 gegen 7919 im Jahr 1896. Es beträgt der höchste und bezw. niedrigste Umlagebetrag eines Wahlberechtigten: der 1. Klasse 7273,71 M., und bezw. 155,20 M., der 2. Klasse 154,99 M., und bezw. 37,62 M., der 3. Klasse 37,60 M., und bezw. 25 Pf. Während der Offenlegung wurden in die Listen 67 Personen nachgetragen. —

Folgende Arbeiten und Lieferungen werden vergeben: für den Umbau des städtischen Bierordbades; Plattengerüst an die Firma L. Meiß, und bezw. Meiß u. Nees, Schreiner- und Glaserarbeit; Billig u. Keller, Schlosserarbeit; A. Schlachter u. Sohn, Anstreicherarbeit; Besante u. Fischbach, Anstreicherneuerung des Stadtgarteninventars an L. Hessel und M. Jessen, Lieferung eines Landtrahners für das Maschinenhaus des Bierordbades an die Düsseldorf-Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormals J. Rosenhausen. — Dem Stadtpark wurden Geschenke zugewendet: von Herrn Landwirt H. H. von hier eine Angoralacke, von Frau Kaufmann Haag Wwe. 3 Dleanderbäume. Hiefür wird Dank ausgesprochen. Das gleiche geschieht an Frau Oberrechnungsrat A. Claus Wwe. für dem städtischen Archiv geschenkte Bücher, Druckschriften und Archivalien und an Herrn Privatmann Heinrich Sutter für geschenkte Generalstabkarten.

Von der Akademie. Aus München wird gemeldet, daß Professor Ludwig Vill, seit 1894 Vorsitzender der dortigen Secessionisten, einen Ruf an die Karlsruher Akademie angenommen hat und im Herbst hierher überiedeln wird.

Fräulein Alexandra v. Gerhölz ist im Alter von 78 Jahren in München gestorben. Die Schwester des in Karlsruhe untergegangenen Schöpfers jener herrlichen Gartenanlage an Karlsruhe, war gleich ihrem Bruder von großer, stiller Wohlthätigkeit befeelt. Dabei verliert die Münchener Gesellschaft eine feinsinnige Pflegerin der Kunst, die selbst mit einer weit über das gewöhnliche Durchschnittmaß reichenden Begabung zur Malerei ausgestattet war. Ihre Lehrer waren u. a. Winterhalter und Canon in Karlsruhe, später Fleury und Descondres. Sie verwendete die Erzeugnisse ihrer Kunst, Porträts und Stillleben, zu wohltätigen Zwecken und hat mit ihren nicht unbedeutenden Mitteln in der Stille manchem verdienten Künstler unter die Arme gegriffen. In unerbittlicher Treue war sie ihren Freunden zugehalten und hat an das Großh. Haus von Baden stets die ehrfürchtvollste Anhänglichkeit bewahrt. Die Erinnerung an diesen edlen Frauencharakter wird noch lange fortleben.

Gewerbeverein. Im Saale der „Vier Jahreszeiten“ begann am Mittwochabend nach 7 Uhr die starkbesuchte 68. Generalversammlung. Der 1. Vorsitzende, Herr D. F. F. Tag, ging im Jahresbericht auch auf die Agitation der Handwerkerpartei ein, die leider nicht bei sachlichen Auseinandersetzungen stehen gelassen sei. Besonders dankte Redner den Herren Geh. Oberregierungsrat Braun für seine Bemühungen um den Landesverband und hauptsächlich für die Ausarbeitung der unsterblichen Normalstatuten, sowie dem verdienten und vielbeschäftigten Verbandssekretär Seminarlehrer C. Mele. Auch in diesem Jahre entfaltete der Verein auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung eine segensreiche umfassende Thätigkeit. 8 belehrende Vorträge hatten sich guten Besuchs zu erfreuen. Die Mitgliederzahl liegt auf 437, mit den angegliederten Meistervereinigungen von Grünwinkel und Müppur 486. Der Verband umfaßt nun 134 Vereine mit 11 418 Mitgliedern (9193 Handwerker). Ehrendenkt der Bericht des im Jahresverlauf verschiedenen früheren Staatsministers Turban, zu dessen Anbenden man sich erhebt. Der von Herrn Vah erstattete Rechenschaftsbericht ergab 4915 M. Einnahmen, 4904 M. Ausgaben. Nach Genehmigung des Voranschlags begannen die Ertragabgaben des Ausschusses. Zum 2. Vorsitzenden wurde Herr Hammer wiedergewählt; als Beisitzer die Herren Wehnermeister Anselment, Fabrikant Barth, Buchbindermeister Fegler, Regierungsrat Krauth, Vikonjul Schwindt und Seminarlehrer C. Mele, auf welche durchschnittlich 100 Stimmen entfielen. Auf eine von der Handwerkerpartei aufgestellte Liste entfielen je etwa 20 Stimmen. Nachdem die neuen Satzungen des Vereins gutgeheißen waren, schloß der Vorsitzende nach 9 Uhr die Generalversammlung, an welche sich ein gemeinschaftliches Abendessen angeschlossen, das einen schönen Verlauf nahm.

Die Karlsruher Schützenvereine hielt unter Vorsitz des Oberjägermeisters Herrn Fabrikant Wunder am Mittwoch, den 15. d. M. abends im Saal 11 der Brauerei Schenck die jährliche Generalversammlung ab, zu welcher 67 Mitglieder erschienen waren. Der Vorsitzende begrüßte nach Eröffnung der Sitzung zunächst die zahlreich erschienenen Mitglieder, dankte denselben herzlich für das Interesse, welches sie durch das Erscheinen der Gesellschaft entgegenbringen und erstattete hierauf den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und die Thätigkeit des Verwaltungsrates. Aus diesem Bericht ist zu entnehmen, daß die Gesellschaft nunmehr 210 Mitglieder und 2 Ehrenmitglieder zählt, wovon 36 Mitglieder neu eingetreten sind. Dieser Zuwachs ist hauptsächlich der Reinerichtung für das Jagd- und Sportwaiden zu verdanken. Durch Tod hat die Gesellschaft 4 Mitglieder verloren. Herr Wunder gedachte in ehrenvollen Worten der Verstorbenen und die Mitglieder erhoben sich zum Zeichen ihrer Zustimmung von den Sihen. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte hatte der Verwaltungsrat 14 Sitzungen abgehalten, außerdem fand Ende des vergangenen Jahres noch eine außerordentliche Generalversammlung statt. An den hiesigen und auswärtigen Schützen hatten sich die Mitglieder zahlreich beteiligt und kann die Gesellschaft mit den erzielten Schießresultaten zufrieden sein. Ueber die Beschaffenheit des Gesellschaftsbesitzes und die Einrichtungen lag schriftlicher Bericht vor und ist hieraus zu entnehmen, daß die Gesellschaft bemüht ist, die Anlage stets zu verbessern und in tadellosem Zustande zu erhalten. Das Vereinsvermögen beträgt nunmehr 61 014 M. Die Rechnungsablage wurde einstimmig genehmigt, ebenso der Voranschlag für 1899 und es wurde dem Redner, Herrn Söll, hieran anschließend für die gute Führung der Kasse die besondere Anerkennung ausgesprochen und die übliche Entlastung erteilt. Die Neuverpachtung der Wirtschaft hat auf 1. Oktober 1898 stattgefunden und ist hierdurch der Wirtschaftsvertrag zugunsten der Gesellschaft bedeutend gestiegen. Vor der Neuwahl des Vorstandes erstattete Herr Architekt Benzinger Bericht über den bad. Landesjägerverein und wurde nach längerer Ausführung der Antrag, sich zur Abhaltung des im Jahre 1901 in Baden stattfindenden Verbandschießens anzumelden, einstimmig unter großem Beifall angenommen. Die übliche Neuwahl ergab, daß die statutengemäß ausstehenden Mitglieder G. Selmann, Fischer, G. Odapp, Söll fast einstimmig wiedergewählt wurden. Für die vakante Stelle wurde Herr Kaufmann Adolf Vindenaub jun. gewählt und wird derselbe das Schriftführeramt übernehmen. Als Schützenmeister wurde vom Verwaltungsrat Herr G. Selmann gewählt und wurde derselben als Anerkennung und Zustimmung zu der Wahl vonseiten der Mitglieder ein kräftiges Hoch ausgesprochen. Besondere Freude wurde der Gesellschaft durch die Mitteilung bereitet, daß nunmehr Herr Kaufmann Karl Glaser 25 Jahre dem Verwaltungsrat angehört. Vonseiten eines Mitgliedes wurde Herrn Glaser der Dank für die großen Verdienste um die Gesellschaft und die treue Ausdauer unter lebhaftem Beifall der Anwesenden ausgesprochen mit dem Wunsche, daß es uns und ihm vergönnt sei, ihn noch lange in Thätigkeit und guter Gesundheit in unserer Mitte begreifen zu dürfen. Herr Glaser dankte für die überraschende Ovation. Er feierte sodann in schönen, erhabenen Worten unseren allverehrten Protektor und erzielte unter Ausbringung eines begeistert aufgenommenen dreifachen Hochs S. K. Hoheit unserem allverehrten und vielgeliebten Großherzog Friedrich und seinem Hause die bisher bewiesene Treue, Dankbarkeit und Verehrung auch fernerhin zu bewahren. Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung gegen 11 Uhr.

Zu den städtischen Wahlen.

Gestern abend haben wieder in den verschiedenen Stadtteilen Wählerversammlungen stattgefunden. So fanden in der Restauration Köllenerger in der Südstadt eine vom Komitee der Nationalliberalen, konservativen und freisinnigen Partei einberufene

Versammlung statt, die gut besucht war und um 9 Uhr von Stadt. G. e. i. f. eröffnet wurde.

Derselbe wies zunächst treffend nach, daß es eine Annäherung der Sozialdemokratie ist, die 3. Klasse mit ihren vielen Beamten, Kleinrentenbesitzenden u. s. w. allein vertreten zu wollen. In den von jeder Klasse aufgebracht sind, Steuersumme wies der Redner nach, wie unbillig der Ladel darüber ist, daß die beiden ersten Klassen mehr Rechte haben als die dritte, die kaum den 6. Teil von dem an Umlage aufzubringen hat was die 1. Klasse leistet. Es gelte hier der allgemein übliche Grundsatz: „Größere Pflichten, größere Rechte.“ Schließlich forderte Redner dringend auf, daß jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch mache, auch andere, schämige der Urne zuführe und so der Liste der bürgerlichen Parteien zum Wohle der Stadt zum Siege verhelfe (Beifall). Prof. Seitz bezeichnet die Wahlausreise der Demokraten und Sozialdemokraten, die nicht den Schein eines begründeten Vorwurfs gegen die jetzige Stadtverwaltung, dagegen umso mehr nichtige Nebenreden enthielten, die zum Teil geradezu lächerlich seien. Es werde den Nationalliberalen vorgeworfen, die Vertreter des Großkapitals zu sein. Vergegenwärtige man sich, was die Stadt in der Zeit des liberalen Uebergewichts in der Verwaltung für die Arbeiter alles gethan habe, so erscheine die Privalkritik dieses Vorwurfs im besten Lichte. Die Sozialdemokratie habe es von jeher geliebt, sich an der Sozialreform nicht zu beteiligen; alles sei ihr zu wenig, ein Bettel gewesen; doch möchte Redner die Folgen sehen, wenn man ihr diesen Bettel wieder entzöge. Es komme dieser Partei lediglich darauf an, das Heft in die Hand zu bekommen, um die Regamie, die jetzt schon gegen die eigenen Genossen ausgeübt werde, auch auf dem Rathaus anwenden zu können. Dem gelte es mit ebenso großer Besonnenheit als Entschiedenheit entgegenzutreten. Aus eigener Kraft vermöge die Sozialdemokratie nicht zu siegen, sondern nur durch Ausbeutung der Kleinlichen Streitigkeiten innerhalb des Bürgertums. Redner zeigt die schlimmen Folgen, welche die Durchführung der von den Sozialdemokraten aufgestellten Forderungen haben müßte. Eine Steuererhöhung, wie sie dann nötig sei, müßte den kleinen Beamten, dem man sonst sagen in den Wagen setzen könne, schwer schädigen und ebenso den Gewerbetreibenden, während es für die Sozialdemokratie ein billiges Vergnügen sei, auf Kosten anderer zu bewilligen. Die Sozialdemokratie betrachte die städtischen Wahlen rein als politische Sache. Es werde deshalb darauf ankommen, ob die Bürgerchaft kleinliche Janäpfele und persönliche Verstimmung beiseitezusetzen vermöge, um das Große ins Auge zu fassen. Die Stadt habe bis jetzt geradezu Großartiges geschaffen, die Verwaltung sich als eine weitwährende bewiesen; es sei daher nicht einzusehen, weshalb man die Sozialdemokratie in der 3. Klasse die herrschenden sein und den anderen folgen wollen; ihr habi gar keine Rechte mehr, bis wir es euch wieder gestatten. (Beifall). Nachdem der Vorsitzende mehrmals zur Diskussion aufgefordert hatte, ohne daß sich einer der erschienenen Sozialdemokraten zum Wort zu melden wagte, ergriff Rechtsanwalt Dr. Fröhlich auf das Wort. Zu dem Auftruf der Opposition werde dem freisinnigen reaktionäre Abgleichung vorgezogen, ohne im geringsten den Nachweis zu führen, daß derselbe keine Prinzipien auch nur im geringsten geändert habe. Die Vorwürfe seien inhaltlos und an den Haaren herbeigezogen. Es sprächen aus dem Auftruf lächerliche Fantasie und bewußte Unwahrheit. Einen Sieg könnten die Sozialdemokraten im eigentlichen Sinn nie erlangen. Denn wenn sie erst die oberen Klassen in der Stadtverwaltung zu erobern vermöchten, dann sei die Zukunft in voller Mähe (Heiterkeit). Die Nationalliberalen, deren Standpunkt lobenswerth sei, wären allein stark genug, den Sozialdemokraten entgegen zu wirken; sie zögen es indessen vor, die anderen Parteien auch teilnehmen zu lassen und 3. B. dem freisinnigen 15 Sine einzutreten; wenn man dies nicht angenommen hätte, wäre es höchst sonderbar gewesen. Man spiele nun in dem Auftruf die Sache auf Gebiete, die garnicht in Frage kommen. Er fordere jeden anwesenden Gegner auf, ihn so schlagend als möglich zu widerlegen. Die Sozialdemokratie habe auch auf dem Rathaus eine sehr lässliche Rolle gespielt, in großen Wirtschaftskrisen entweder ganz geschwiegen oder sich blamiert. Kleinliche Standpuncte müßte sich jedoch die einfache Mitteilung der Thatsachen nach Hause schicken lassen, jedoch sich jeder schämen müßte, der solche Vertreter hinausschickte. Die Sozialdemokratie müßte auf kommunalem Gebiete noch sehr viel lernen, sonst könne sie ihre politischen Erfolge durch fortwährendes Danebengehen in der Gemeindeverwaltung nur schwächen. Seine Partei nehme daher den Vorwurf der Reaktion mit Lächeln entgegen. Sie handle mit Ruhe und Sicherheit und würde, vor die Wahl gestellt, wiederum genau den gleichen Weg gehen. Er richte an alle die dringende Aufforderung, am Dienstag dafür zu sorgen, daß die Liste der vereinigten bürgerlichen Parteien soviel Stimmen erhalte als irgend möglich sei. (Beifall). Stadt. Kern (konservativ): Die Liste der Nationalliberalen sei die Lokalfürst selbst. Redner erinnert daran, was die Stadt bisher alles für die Arbeiter unternommen (Bierordbad, Arbeiterstatut u. s. w.). Die Schmeichelei um die kleinen Beamten vonseiten der Sozialdemokratie sei ein billiger Bauernfang und ein Thor, wer darauf hineinfalle. Gerade an sie möchte der Redner appellieren, denn sie hätten es auszusprechen, wenn die Sozialdemokratie siege. Er wüßte daher dringend, daß die heutigen Worte auf fruchtbaren Boden fielen, daß jeder den Fettel der bürgerlichen Parteien in die Urne lege. (Zustimmung). Prof. Seitz giebt Auskunft über die vorausgegangenen Verhandlungen mit den anderen Parteien, deren man sich durchaus nicht zu schämen habe. Redner meint, daß das Centrum offenbar, ohne direkt beteiligt zu sein, die Absicht habe, die Nationalliberalen unterliegen zu sehen. Auch auf der bürgerlichen Liste für die 3. Klasse seien alle Verufe in gerechter Weise verteilt und man könne dem Wahlsittel als Devise die Worte: „Billigkeit und Gerechtigkeit“ voranstellen. Redner bittet nochmals, mit diesem Fettel zahlreich auf das Rathaus zu gehen und auch die Kassigen und die Verstimmteten herbeizuführen und zu zeigen, daß der Bürger Herr in seinem Hause sei. Wenn nur die Hälfte von den legalen zum Hause geliebten aufgebracht werde, dann werde der Sozialdemokratie die Freude, einen Antagonen gegen das vereingte Bürgertum zu unternehmen, auf lange Zeit verdorben sein. (Beifall). Herr Seitz, der noch mehrmals die Gegner ohne Erfolg zur Aussprache aufgefordert hatte, schloß darauf, den Rednern herzlich dankend, um 11 Uhr die würdige und schön verlaufene Versammlung.

Zu der Versammlung fand eine Versammlung im „Kaisergarten“ unter dem Vorsitz des Herrn Rupp statt. Die Herren Prof. Dr. Goldschmit und Rechtsanwalt Dr. Weill legten in trefflichen Ausführungen den Standpunkt der vereinigten Parteien dar, woran sich dann ein lebhaftes Redetournee zwischen dem Sozialdemokraten Herrn Kolb und den beiden genannten Herren knüpfte. Der sozialdemokratische Redner wußte auch diesmal trotz wiederholter Ausforderung absolut nichts, aber auch garnichts gegen die bisherige Stadtverwaltung vorzubringen, er ließ sich vielmehr zu dem direkten Beständnis herbei, daß es sich für die Sozialdemokraten beim jetzigen Wahlkampf nicht in erster Linie um die städtischen Angelegenheiten, sondern darum handle, einen politischen Sieg über die Nationalliberalen davonzutragen, damit man oben recht deutlich den Niedergang dieser Partei erkenne. Vorher hatte der Redner versucht, den Nationalliberalen den Vorwurf zu machen, daß sie die Politik in die städtischen Angelegenheiten hineinbringen. Als ihn nun Herr Prof. Goldschmit auf das obige Beständnis festnagelte, wußte er nichts mehr zu entgegnen, nachdem insbesondere noch darauf hingewiesen worden war, daß die Nationalliberalen Vertreter aller Parteien auf den Wahlsittel genommen haben, obwohl sie lediglich vom Parteistandpunkt aus sich ruhig auf die ihnen ohne fremde Hilfe sichere Mehrheit in der 2. und 1. Klasse stützen, hier alle Siege an Parteigenossen vergeben und sich so die 1/3-Mehrheit im Bürgerausschuß sichern konnten. Das Endergebnis der Debatte war, daß die vereinigten Nationalliberalen, freisinnigen und konservativen eine Zusammenfassung des Bürgerausschusses wollen, die ein friedliches Zusammenarbeiten aller Parteien im Interesse der Stadt unter gerechter Berücksichtigung aller Stände und Berufsstände verbürgt, während die Sozialdemokraten, von den Demokraten direkt und dem Centrum indirekt unterstützt, auch bei den städtischen Wahlen die politische Gegenläge in voller Schärfe hervorbrechen und politische Geschäfte machen wollen. Dazu werden die Wähler der 3. Klasse in ihrer Mehrheit die Hand ganz gewiß nicht bieten. Wenn alle Säunigen zur Urne gebracht, wenn von den Taufenden, die vor 3 Jahren ihre Pflicht nicht erfüllt haben, nur einige Hundert zur Stimmabgabe veranlaßt werden können, dann wird das Bürgertum Herr in seinem Hause bleiben.

Am unsern Befehl einen kleinen Begriff von der ersten und wichtigsten Art der sozialdemokratischen Agitation zu geben, drücken wir folgendes Urteilchen des soziald. „Volkfreund“ ab:

